

# Der gläserne Steuerpflichtige

Austausch von steuerlich relevanten Informationen bei natürlichen und juristischen Personen

BÄR  
& KARRER

YIN-Veranstaltung vom 25. November 2015

Referierende: Dr. Ruth Bloch-Riemer / Michael Abegg

Moderation: Prof. Dr. Robert Waldburger

Coach: Susanne Schreiber

Bär & Karrer AG, Zürich

I.	Einführung <i>- Prof. Dr. Robert Waldburger</i>	3
II.	Überblick & Informationsbeschaffung gegenüber juristischen Personen <i>- Michael Abegg</i>	4
III.	Informationsaustausch bei natürlichen Personen <i>- Dr. Ruth Bloch-Riemer</i>	16
IV.	Schlussbemerkungen <i>- Prof. Dr. Robert Waldburger</i>	30

Einführung

*Prof. Dr. Robert Waldburger*

## Überblick & Informationsbeschaffung gegenüber juristischen Personen

*Michael Abegg*

### **Internationale Ebene:**

- OECD / G20 BEPS Projekt, Action 5
- Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen von Europarat und OECD (Amtshilfeübereinkommen)
- Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (MCAA)
- Änderungsprotokoll zum bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vom 26. Oktober 2004 (EU-Staaten)
- Betrugsbekämpfungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vom 26. Oktober 2004
- Richtlinie des Rates der EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung vom 5.10.2015 (EU-Richtlinie)
- FATCA (relevant vis-à-vis USA; Einfluss insbesondere auf MCAA)
- Bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen / Bilaterale Steuerinformationsabkommen

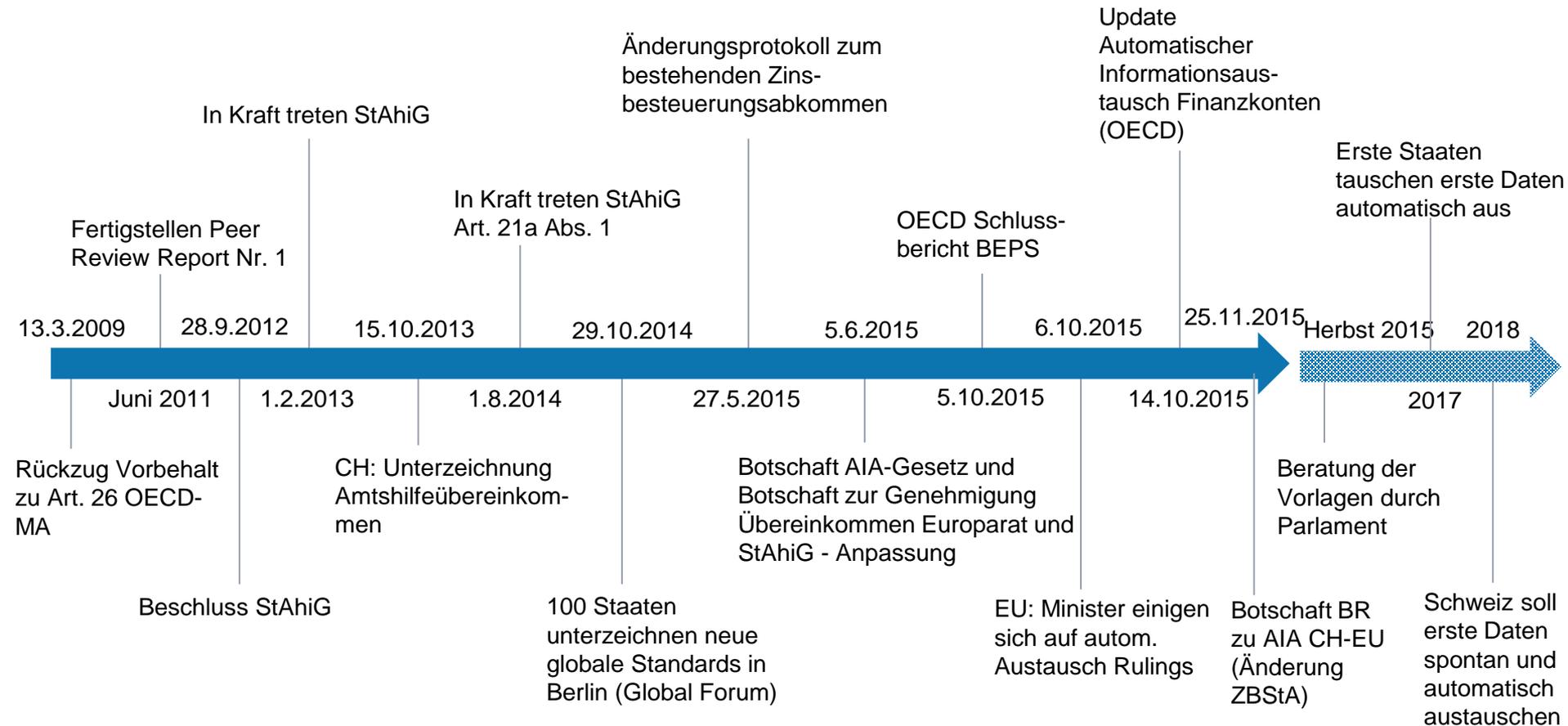
### **Schweizer Ebene (Umsetzung):**

- Laufende Anpassungen des Steueramtshilfegesetzes (*1.8.2014; 14.1.2014; 1.2.2013*)
- Entwurf zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (weitere Änderung des Steueramtshilfegesetzes)
- Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (E-AIA-Gesetz)
- Zusammenhang mit GAFI, StGB, DSG, USTR III ...

# Zeitliche Einordnung

## Internationale Entwicklung und Schweizer Umsetzung

BÄR  
& KARRER



# Mechanismus und rechtliche Grundlagen

## Einordnung der Instrumente

Instrument	Basis	Binnengesetz	Gegenstand	Funktion	Geltung
Spontaner Informationsaustausch	Amtshilfeübereinkommen	vorg. Änderung: insb. Art. 22a E-StAhiG ff.	Allgemeine Informationen, insbesondere auch Rulings	Austausch ohne vorgängiges Ersuchen bei Vermutung eines Interesses des anderen Staates	Zukunft (Faktische Rückwirkung)
Automatischer Informationsaustausch	MCAA	BG über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (E)	Kontoinformationen von Banken, Finanzinstitute	Sammlung von Bankdaten und automatische Meldung an Steuerbehörden im Ausland	Zukunft (Faktische Rückwirkung)
Informationsaustausch auf Antrag	insb. DBA/TIEA/SIA (akt. Stand)	Art. 6 StAhiG E-GASI (BG einseitige Anwendung OECD Standard)	versch. erhebliche Informationen	Austausch auf Basis eines konkreten Antrages des anderen Staates, Austausch von Informationen	In Kraft (ohne GASI)

### Umsetzungsinstrument für spontanen Austausch und Austausch auf Antrag ist StAhiG:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt den Vollzug der Amtshilfe:

- a. nach den Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung;
- b. nach anderen internationalen Abkommen, die einen auf Steuersachen bezogenen Informationsaustausch vorsehen.

### <sup>2</sup> Vorbehalten sind die abweichenden Bestimmungen des im Einzelfall anwendbaren Abkommens:

Vorrang des Staatsvertragsrechts gegenüber Landesrechts explizit festgehalten.

**Genehmigung des Amtshilfeübereinkommens und deren Umsetzung im StAhiG wird gegenwärtig im Parlament beraten (Entscheid erwartet in Wintersession)**

# Spontaner Informationsaustausch

## Vergleich aktuell / Amtshilfeübereinkommen

### **Grundprinzipien / Grenzen des Informationsaustausches nach aktuellem Stand:**

- Voraussichtliche Erheblichkeit und somit Verhältnismässigkeit: Beweisausforschungen / Fishing Expeditions ausgeschlossen
- Reziprozität / Gegenseitigkeitsprinzip: kein einseitiger Austausch, somit auch Gegenstaat zu Mitwirkung verpflichtet
- Verfahrensrecht: Informationen sind im Rahmen der Verwaltungspraxis beider Staaten erhältlich
- Subsidiarität: Möglichkeiten zu Informationsbeschaffung ansonsten ausgeschöpft
- Spezialitätsprinzip: keine Verwendung für andere als für Steuerzwecke

### **Prinzipien in Art. 21 (Schutz der Person und Grenzen der Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe) gemäss Amtshilfeübereinkommens:**

- ... keine Massnahmen, die von eigenem Recht oder Verwaltungspraxis abweichen ...
- ... keine Massnahmen, die der öffentlichen Ordnung widersprechen...
- ... keine Informationen zu erteilen, die nach eigenem Recht nicht beschafft werden können...
- ... Amtshilfe zu leisten, wenn der ersuchende Staat nicht alle Massnahmen ausgeschöpft hat...
- ... Amtshilfe zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand in Missverhältnis zum Nutzen steht...

⇒ Gegenwärtige Grundprinzipien prinzipiell berücksichtigt

# Spontaner Informationsaustausch

## Gegenstand und Geltung (I/II)

Merkmale	OECD BEPS Projekt, Action 5	Amtshilfeübereinkommen	EU Richtlinie
Formulierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>– «taxpayer-specific rulings related to preferential regimes» (insbesondere sofern tiefer oder kein effektiver Steuersatz; Steuerbegünstigungen)</li> <li>– «Cross-border unilateral APAs ... covering transfer pricing or the application of transfer pricing principles» (grenzüberschreitende Verrechnungspreise)</li> <li>– «Cross-border rulings providing for a unilateral downward adjustment to the taxpayer's taxable profits...» (Reduktion der steuerbaren Gewinne ohne Accounting Berücksichtigung)</li> <li>– «PE-Rulings» (Betriebsstätten)</li> <li>– «Related party conduit rulings» (Verhaltensweise Nahestehender)</li> <li>– «Any other type of ruling that ... gives rise to BEPS concerns» (Auffangtatbestand)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– wenn Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in der anderen Vertragspartei vorliegen (Art. 7 I a)</li> <li>– wenn ein Steuerpflichtiger in der einen Vertragspartei eine Steuerermässigung erhält, die eine Besteuerung in der anderen Vertragspartei zur Folge haben würde</li> <li>– bei Geschäftsbeziehungen, die über ein oder mehrere Länder geleitet werden, die in einem oder beiden Land zur Steuerersparnis führen kann</li> <li>– Wenn eine Vertragspartei Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerung innerhalb eines Konzern hat</li> <li>– Wenn ein Sachverhalt ermittelt worden ist, der für die Steuerfestsetzung im Staat erheblich sein kann (Auffangtatbestand).</li> </ul>	<p>Verschiedene grenzüberschreitende Vorbescheide wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Einseitige Vorabverständigungsvereinbarung</li> <li>– Bilaterale Vorabverständigungsvereinbarungen</li> <li>– Vereinbarungen in Bezug auf das Bestehen oder Nichtbestehen einer Betriebsstätte</li> <li>– Vereinbarungen in Bezug auf das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines Sachverhalts mit potenziellen Auswirkungen auf die Steuerbemessungsgrundlage</li> <li>– Vereinbarungen in Bezug auf den steuerlichen Status einer hybriden Gesellschaftsform</li> </ul>
Gegenstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nur Rulings resp. Steuervorbescheide</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Allgemeine Informationen, unter anderem auch Rulings</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nur Rulings resp. Steuervorbescheide</li> </ul>

# Spontaner Informationsaustausch

## Gegenstand und Geltung (II/II)

Merkmal	OECD BEPS Projekt, Action 5	Amtshilfeübereinkommen	EU Richtlinie
Zeitl. Geltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>«Information on past rulings that were issued on or after 1 January 2010 and were still in effect as from 1 January 2014 will also need to be exchanged. This process should be completed by the end of 2016»</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>«Dieses Übereinkommen ... gilt für die Amtshilfe im Zusammenhang mit Beteuerungszeiträumen, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, das auf das Jahr folgt, in dem das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist...»</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen über grenzüberschreitende Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren vor dem 1. Januar 2017 erteilt wurden, sofern diese grenzüberschreitenden Vorbescheide zu diesem Zeitpunkt noch gültig sind</li> </ul>
Bedeutung CH	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine direkte Anwendung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Direkte Anwendung und Umsetzung durch Anpassung des StAhiG</li> <li>70 Staaten haben das Amthilfeübereinkommen unterzeichnet (Stand 1. Mai 2015)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Indirekte Anwendung als Drittstaat</li> </ul>
Betroffene Personen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Juristische Personen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Juristische und natürliche Personen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Juristische Personen (keine Anwendung in Fällen, in denen ein grenzüberschreitender Vorbescheid ausschliesslich natürliche Personen betrifft)</li> </ul>

# Spontaner Informationsaustausch

## CH – Vorbehalt zum Amtshilfeübereinkommen

### **Schweizer Vorbehalt in Amtshilfeübereinkommen gemäss Entwurf des Bundesbeschlusses:**

1. Die Schweiz leistet hinsichtlich der Steuern nach Art. 2 Abs. 1 lit. b Ziffern ii-iv des Amtshilfeübereinkommens in keiner Form Amtshilfe
  - ⇒ nur Anwendung von Steuern auf Einkommen oder Gewinn, Steuern vom Vermögen und bspw. Grundstücksgewinnsteuern
  - ⇒ Keine Anwendung bei Sozialversicherungsbeiträgen, Zöllen, Schenkungssteuern, Erbschaftssteuern oder MWST etc.
2. Keine Amtshilfe bei der Vollstreckung, insb. Art. 11, der die Vollstreckung der Steuerforderungen des anderen Staates vorsieht.
3. Keine Amtshilfe bei der Zustellung von Schriftstücken, insb. Art. 17, der die Zustellung von Schriftstücken vorsehen würde.
4. Die Schweiz wendet das Amtshilfeübereinkommen ausschliesslich an:
  - a) wenn es einen Besteuerungszeitraum gibt: auf Amtshilfe im Zusammenhang mit Besteuerungszeiträumen, die am oder nach dem 1. Januar des dritten Jahres vor dem Jahr beginnen, in dem das Amtshilfeübereinkommen für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist (bei vorsätzlich und strafrechtlich verfolgte Delikte).
  - b) Wenn es keinen Besteuerungszeitraum gibt: auf Amtshilfe im Zusammenhang mit Steuerverbindlichkeiten, die am oder nach dem 1. Januar des dritten Jahres entstehen, das dem Jahr vorangeht, in dem das Amtshilfeübereinkommen für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist (bei vorsätzlich und strafrechtlich verfolgten Delikten).

# Spontaner Informationsaustausch

## Frage: Dauersachverhalt

### Information vom SIF am 24.11.2015:

- OECD/EU: Grundsätzlich vorgesehen alle Rulings seit 1.1.2010, die 2014 noch in Kraft sind
- Neue Rulings ab 2016
- Nationale Rechtsgrundlage CH: Rulings ausgetauscht ab 2017, vorher keine Rechtsgrundlage => Empfehlung: Rulingdispositionen in 2016 treffen

### Grundsätzliche Frage der Rechtmässigkeit des rückwirkenden Rulingaustausches bei Dauersachverhalten

- Unterscheidung zwischen echter Rückwirkung und unechter Rückwirkung
- Mögliches Verständnis: unechte Rückwirkung bei offenen Dauersachverhalten, also in Situationen, in denen das Ruling zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Steueramtshilfe noch angewendet wird (Bsp. Anwendung Privileg der Gemischten Gesellschaft)
- Folgefrage: Was ist ein Dauersachverhalt im Gegensatz zu einem Besteuerungszeitpunkt?

### Regelung im Entwurf zum neuen E-StAhiG

- Rückwirkung im innerstaatlichen Gesetz nicht ausdrücklich geregelt
- Regelung über Vorbehalt im Amtshilfeübereinkommen
- Geplante Verordnung zur Umsetzung von E-StAhiG (2016 geplant)

# Spontaner Informationsaustausch

## Datasheets (Annex C, Action 5, BEPS)

### Template and instruction sheet for information exchange

All fields are mandatory unless otherwise indicated.

#### 1. Ruling reference number, if any.

#### 2. Identification of the taxpayer and where appropriate the group of companies to which it belongs.

Taxpayer identification number (TIN) or other tax reference number	
Legal name of the entity	
Address	Street
	Building (optional)
	Suite (optional)
	Floor (optional)
	District Name (optional)
	Post Office Box (optional)
	Post Code
	City
	Country
State/Province/Canton (optional)	
Taxpayer's main business activity (optional)	
Name of multinational enterprise (MNE) group, if different	

#### 3. Date of issuance.

#### 4. Accounting periods/tax years covered by the ruling.

#### 5. Type of ruling issued. Please check the appropriate box.

Relating to preferential regime	<input type="checkbox"/>
Unilateral advance pricing arrangement (APA) or other transfer pricing (TP) ruling	<input type="checkbox"/>
Downward adjustment ruling	<input type="checkbox"/>
Permanent establishment (PE) ruling	<input type="checkbox"/>
Conduit ruling	<input type="checkbox"/>

7. Short summary of the issue covered by the ruling ideally provided in one of the official languages of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) or other language bilaterally agreed. Where this is not possible this can be provided in the native language of the sending jurisdiction.

#### 6. Additional information regarding the ruling and the taxpayer (optional).

Transaction amount, if any	<input type="text"/>
Entity's annual turnover	<input type="text"/>
Profit of the entity	<input type="text"/>

#### 8. Reason for exchange with the recipient jurisdiction.

Ultimate parent	<input type="checkbox"/>
Immediate parent	<input type="checkbox"/>
Related party with which the taxpayer enters into a transaction for which a preferential treatment is granted or which gives rise to income benefiting from a preferential treatment	<input type="checkbox"/>
Related party with whom the taxpayer enters into a transaction covered by the ruling	<input type="checkbox"/>
Related party making payments to a conduit (directly or indirectly)	<input type="checkbox"/>
Ultimate beneficial owner of income from a conduit arrangement	<input type="checkbox"/>
Head office of permanent establishment (PE) country	<input type="checkbox"/>

# Spontaner Informationsaustausch

## Auswirkungen für Schweizer SV

Art. 22e E-StAhiG: Vom Ausland spontan übermittelte Informationen

<sup>1</sup> Die ESTV leitet Informationen, die ihr andere Staaten spontan übermittelt haben, zur Anwendung und Durchsetzung des schweizerischen Steuerrechts den interessierten Steuerbehörden weiter. Sie weist diese Behörden auf die Einschränkungen bei der Verwendung der übermittelten Informationen sowie auf die Geheimhaltungspflichten nach den Amtshilfebestimmungen des anwendbaren Abkommens hin.

<sup>2</sup> Die ESTV leitet die von einem anderen Staat spontan übermittelten Informationen weiteren schweizerischen Behörden, für die die Informationen von Interesse sind, weiter, sofern dies nach dem anwendbaren Abkommen zulässig und nach schweizerischem Recht vorgesehen ist. Sie holt gegebenenfalls die Zustimmung der zuständigen Behörde des informierenden Staates ein.

- ⇒ Pflicht der einzelnen Schweizer Steuerbehörden solche Informationen bei der Veranlagung heranzuziehen.
- ⇒ Ausdrücklich möglich Daten, welche die Schweiz aus dem Ausland erhält zur Anwendung und Durchsetzung des schweizerischen Steuerrechts zu verwenden

- Verabschiedung durch Parlament wird in Kürze erwartet
- Konkrete Anwendung durch Behörden und Relevanz noch unklar (Umfang, Prozess); Verordnung soll Klarheit schaffen
- Rückwirkung für Rulings bei Dauersachverhalten beachten
- Analyse der Bestände auf allfällig zweideutig oder unglücklich formulierte Rulings zu empfehlen
- Gegenseitigkeit beachten (ausländische Rulings können auch von Schweizer Behörden zur Veranlagung berücksichtigt werden)
- Auswirkung auf Rulingpraxis: Formulierung von Rulings, direktes Ausfüllen der Datasheets?

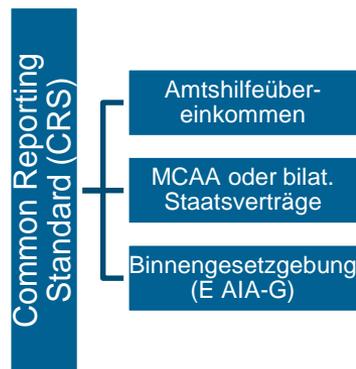
## Informationsaustausch bei natürlichen Personen

*Dr. Ruth Bloch-Riemer*

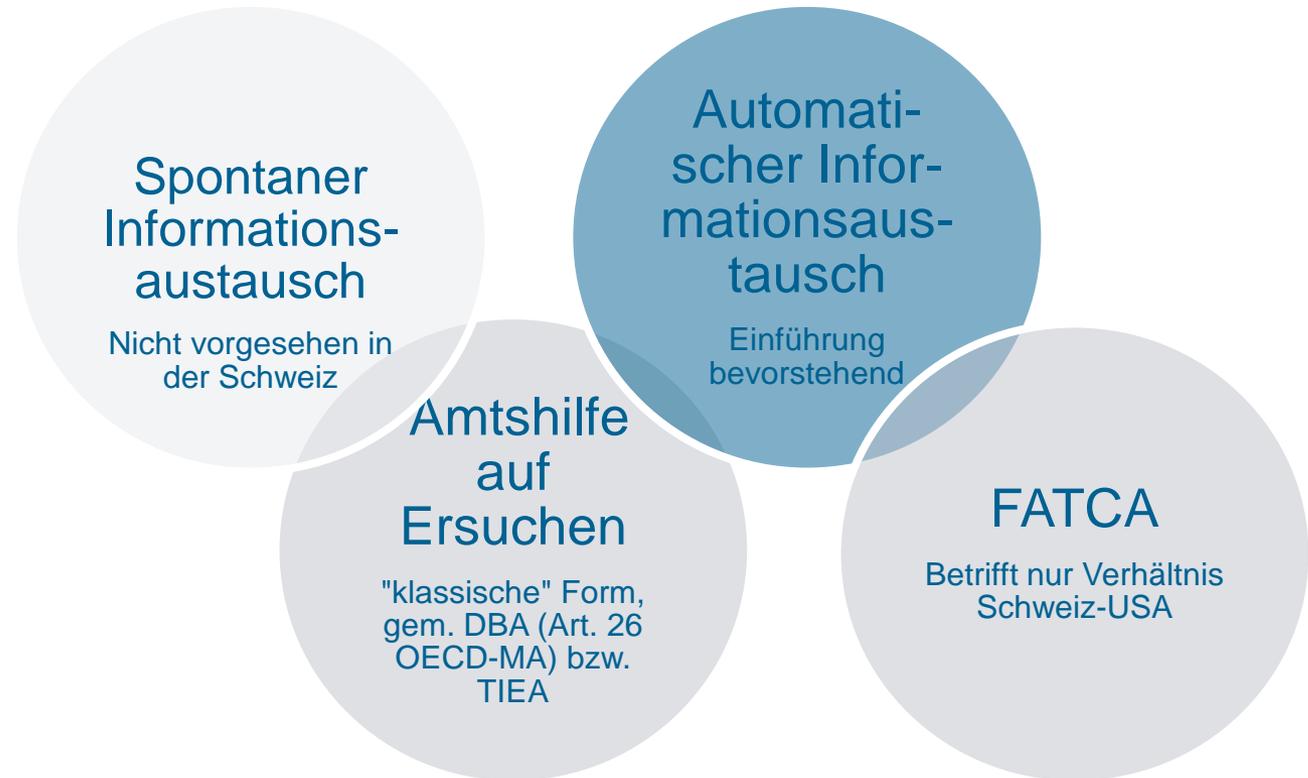
# Natürliche Personen

## Formen des Informationsaustausches (Fokus Bankinformationen)

### Z. B. Australien:



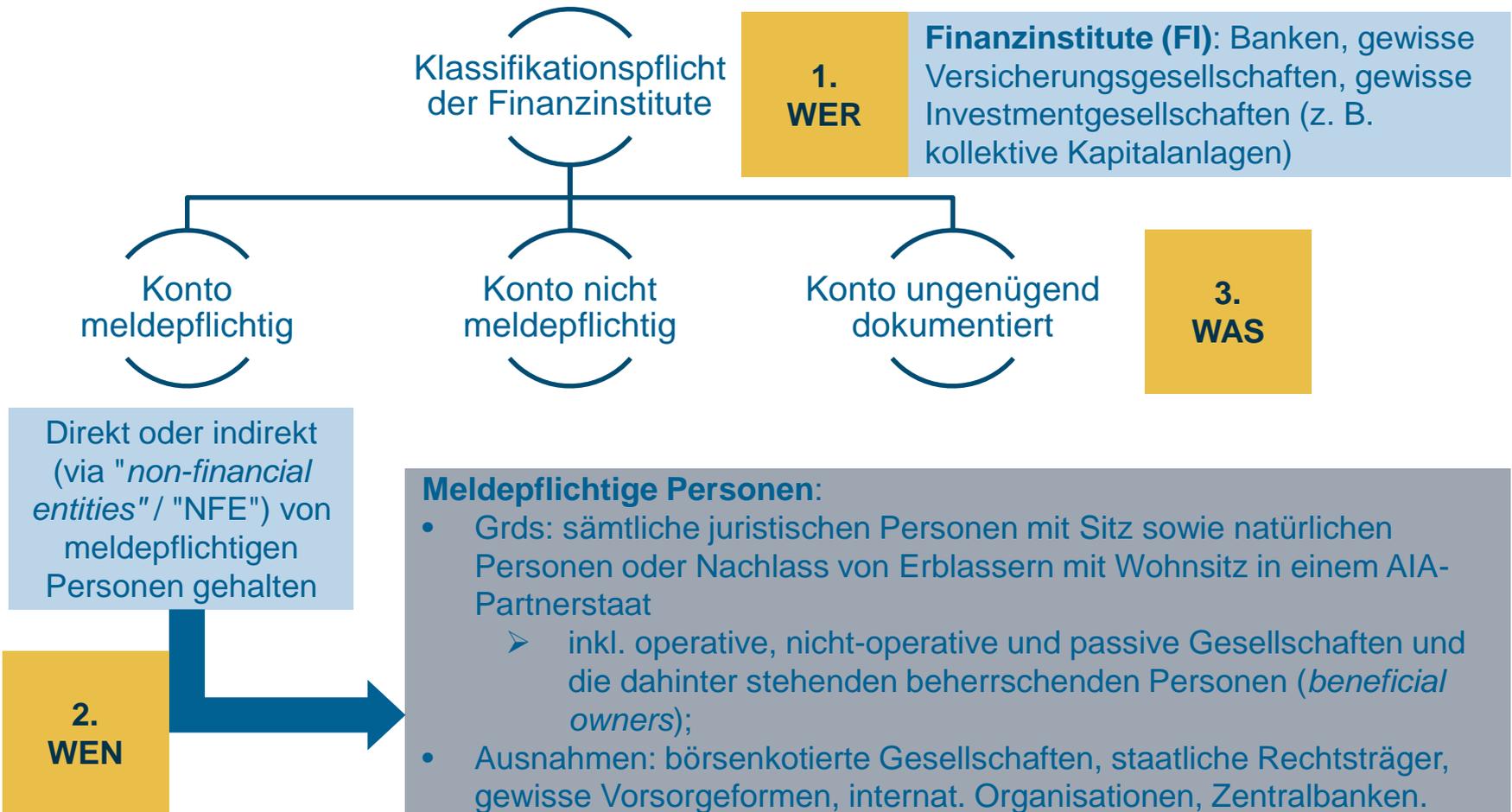
### EU:



Vorrang des Berufsgeheimnisses (z. B. von Banken) vor Bescheinigungspflicht gegenüber Steuerbehörden  
Art. 127 Abs. 2 DBG / Art. 43 Abs. 2 StHG

# Natürliche Personen

## Informationsbeschaffung im Rahmen von AIA



# Natürliche Personen

## Meldepflichtige Finanzinstitute (1/2)

### 1. WER

Ansässigkeit des FI:  
vgl. nachfolgendes  
Slide

#### **Verwahrinstitute:**

Mind. 20% der Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers in den letzten 3 Jahren stammen aus der Verwahrung von Finanzvermögen für fremde Rechnung

#### **Einlageinstitute:**

Entgegennahme von Einlagen im Rahmen gewöhnlicher Bankgeschäfte oder ähnlicher Geschäftstätigkeit

"Klassische"  
Finanzinter-  
mediäre

#### **Investmentunternehmen:**

Verwaltende Investmentunternehmen und professionell verwaltete Investmentunternehmen (z. B. kollektive Kapitalanlagen, private Investmentgesellschaften, von Treuhandgesellschaften betreute Trusts o. Ä.)

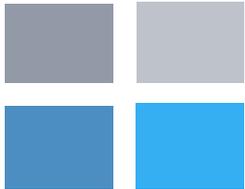
#### **Spezifizierte Versicherungs- gesellschaften:**

Abschluss von rückkauffähigen Versicherungsverträgen oder Rentenversicherungsverträgen oder Verpflichtung zur Leistung von Zahlungen i. Z. m. solchen Verträgen

Neuer,  
erweiterter  
Scope

# Natürliche Personen

## Meldepflichtige Finanzinstitute (2/2)



### 1. WER

#### Alle in einem am AIA teilnehmenden Staat ansässigen FI

► Trusts u. Ä.: Ansässigkeitsstaat des Treuhänders

##### **Ausnahme 1: FI mit geringem Steuerhinterziehungsrisiko:**

internationale Organisationen, Zentralbanken, Altersvorsorgefonds, gewisse Kreditkartenanbieter

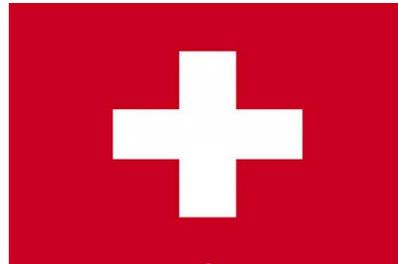
##### **Ausnahme 2: nicht-meldende FI**

Meldepflicht wird von Dritten erfüllt, z. B. gewisse kollektive Kapitalanlagen und Trusts, deren Treuhänder meldepflichtiges FI ist und die Meldepflichten für den Trust wahrnimmt

# Natürliche Personen

## Mit welchen Ländern wird die Schweiz den AIA einführen?

### 1. WER



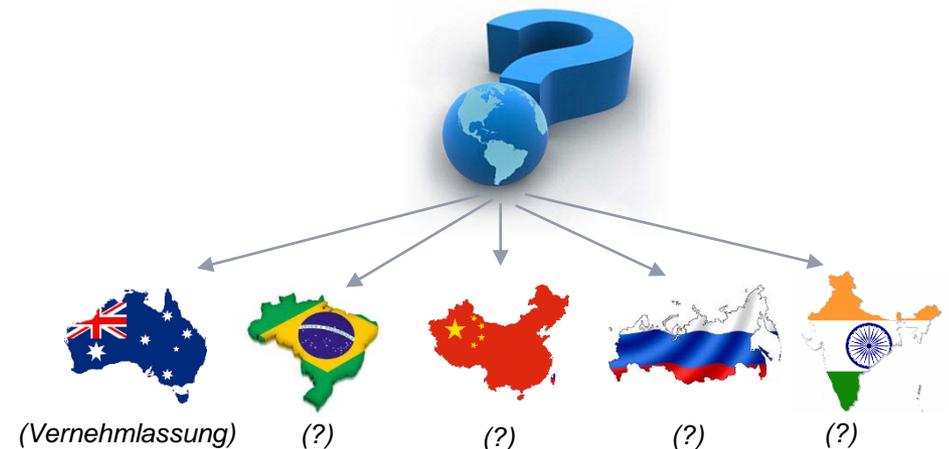
Verhandlungen mit der EU;  
Botschaft des Bundesrates  
zum AIA CH-EU  
veröffentlicht am 25.  
November 2015. Formell:  
Änderung des ZBStA



Im Rahmen eines politischen Entscheides  
werden mit weiteren ausgewählten Ländern  
Verhandlungen zum AIA aufgenommen.

Kriterien:

- wirtschaftliche und politische Beziehung
- genügende Regularisierungsmöglichkeiten



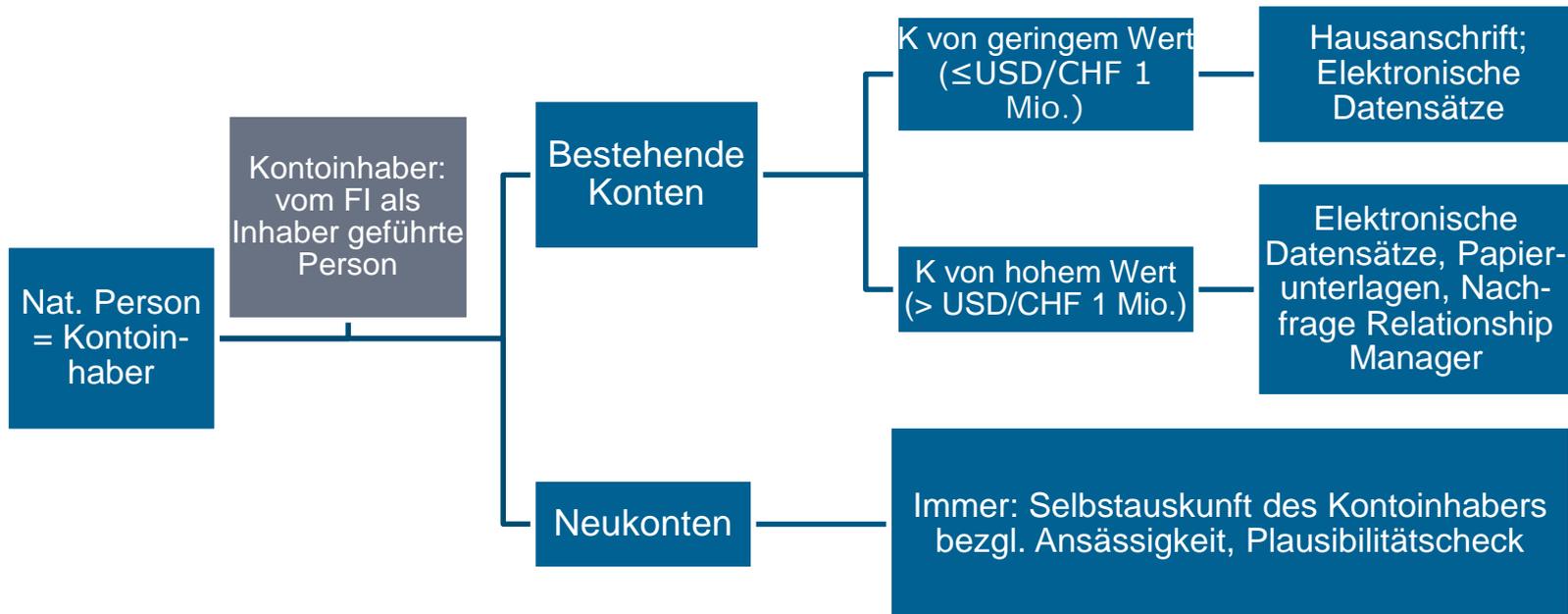
# Natürliche Personen

## Bestimmung der Ansässigkeit des Kontoinhabers (1/2)

### 2. WEN

#### Ansässigkeit für die Zwecke des AIA

- steuerliche Ansässigkeit (unbeschränkte Steuerpflicht) gemäss innerstaatlichem Recht der involvierten Staaten, unter Berücksichtigung der "tie breaker"-Regeln i.S. d. OECD-MA;
- steuerlich transparente Rechtsträger: Ort der tatsächlichen Verwaltung.



# Natürliche Personen

## Bestimmung der Ansässigkeit des Kontoinhabers (2/2)

### 2. WEN

Konto-Saldo / Wert >  
USD 250'000\*?

Mehrschichtiges Vorgehen bei bestehenden Rechtsträgern als Kontoinhaber:

#### Rechtsträger meldepflichtig?

- Informationen für Aufsichtsrecht oder Kundenbetreuung, Gründungsort, Sitz oder Anschrift

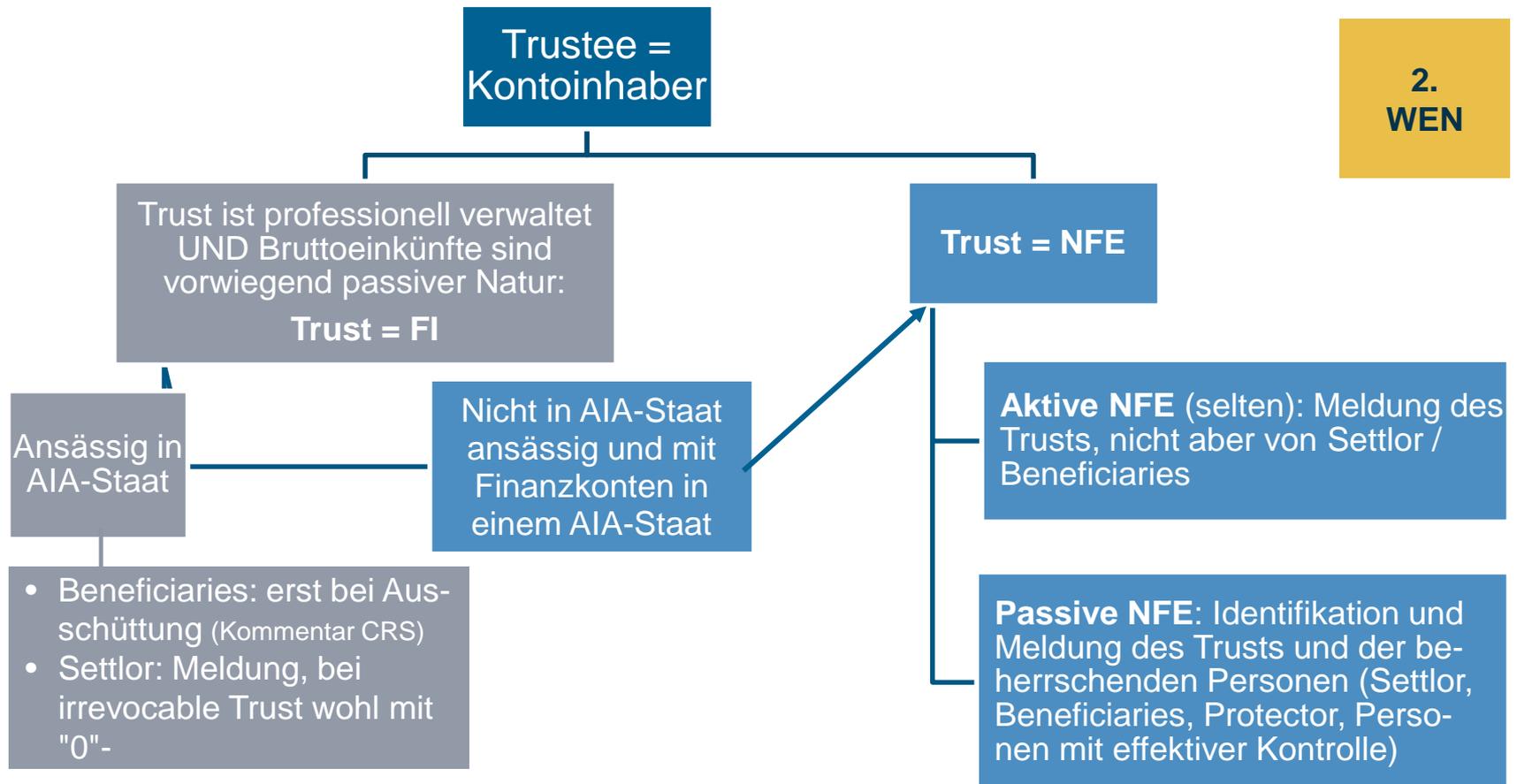
#### Rechtsträger = passiver NFE mit meldepflichtigen beherrschenden Personen?

- Klassifikation des Rechtsträgers: Identifikation als pass. NFE gemäss Selbstauskunft
- Pass. NFE: kein FI und betreibt kein Handels-, Fabrikation oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe
- Festlegung der beherrschenden Personen: Informationen, welche zur Geldwäschereibekämpfung verwendet / erhoben wurden
- Bestimmung der Meldepflicht der beherrschenden Personen: grundsätzlich gem. Selbstauskunft, bei Konti mit Wert bis USD 1 Mio. auch mittels Informationen zur Geldwäschereibekämpfung

\* Bei Neukonten gibt es keinen Schwellenwert.

# Natürliche Personen

## Vermögensverwaltungsstrukturen als Kontoinhaber



**Art. 28 Abs. 1 E-AIAG: Missbrauchsklausel – Meldepflicht auf bei Strukturen mit Umgehungszweck**

### 3. WAS

- Kontonummer und Steueridentifikationsnummer, Name, Adresse und Geburtsdatum der steuerpflichtigen Person (tatsächlicher Nutzungsberechtigter gemäss GAFI-Bestimmungen) im Ausland
- Alle Einkommensarten (z. B. Zinsen, Dividenden) auf fragliche Konto, bzw. Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen und Erlöse aus Veräusserung von Finanzvermögen
- Kontosaldo / Guthaben

**Zeitlicher  
Wirkungsumfang:**

"Materiell": Informationen innerhalb Verjährungszeitraum wohl mitumfasst (Steuerbehörden werden auf Steuerverkürzung aufmerksam)

Formell: Erhebung von Kontodaten ab 2017, Austausch ab 2018

# Natürliche Personen

## Fallbeispiel: inländischer Kontoinhaber mit Struktur

### Ausgangslage:

Herr Meier, Wohnsitz Zürich, verfügt über ein bislang nicht deklariertes Konto bei einer deutschen Bank. Kann Herr Meier das Konto durch Einbringung in eine Struktur vor dem AIA abschirmen?

### Variante 1:

Einbringung des Kontos in eine Stiftung mit Sitz in einem offshore Staat, in Deutschland oder in der Schweiz.

- Stiftung ("Rechtsträger") = formeller Kontoinhaber
- Bank überprüft, ob die Stiftung selbst als FI meldepflichtig ist, oder ein passiver NFE mit meldepflichtiger beherrschender Person ist.
- Unabhängig vom Sitz der Stiftung: Stiftung wahrscheinlich passiver NFE, und Herr Meier meldepflichtige beherrschende Person
- Keine Abschirmung des Kontos möglich, auch nicht durch Zwischenschaltung weiterer Rechtsträger

### Variante 2:

Legalisierung des Kontos in der Schweiz.

- (Evtl. straflose) Selbstanzeige
- Diskussion: Amnestie

# Natürliche Personen

## Fallbeispiel: ausländischer Kontoinhaber mit offshore Struktur

### Ausgangslage:

Herr Myers, Wohnsitz London, verfügt über ein bislang nicht deklariertes Konto bei einer schweizerischen Bank. Kann Herr Myers das Konto durch Einbringung in eine offshore Struktur vor dem AIA abschirmen?

### Variante 1:

Einbringung des Kontos in einen *irrevocable discretionary Trust* nach bspw. zypriotischem Recht.

- Zurechnung der Trust Assets weder zum Settlor (Herr Myers) noch zu den Beneficiaries; Trustee = formeller Kontoinhaber
- Bank überprüft, ob Trust selbst als FI meldepflichtig ist, oder ein passiver NFE mit meldepflichtiger beherrschender Person ist.
- Qualifikation des Trusts gem. Recht im Staat der Ansässigkeit des Trustees (d.h. unabhängig von Errichtungsstaat des Trust)
- Trust = FI, wenn professionell verwaltet (z.B. FI als corporate Trustee) und Bruttoeinkünfte vorwiegend passive Einkünfte sind; ansonsten: Trust = NFE (idR passive NFE). Gemeldet werden sowohl bei FI und pass. NFE in jedem Fall der Settlor; aktiver NFE (keine Meldung des Settlers) nur denkbar, wenn Handels-, Fabrikations- oder anderes nach kaufm. Art geführtes Gewerbe, dann aber Missbrauchsklausel anwendbar
- Abschirmung des Kontos nur im Bezug auf Beneficiaries und nur vor einer effektiven Ausschüttung allenfalls denkbar; grundsätzlich aber keine Abschirmung aus Sicht von Herrn Myers (Settlor), auch nicht durch Zwischenschaltung weiterer Rechtsträger

### Variante 2:

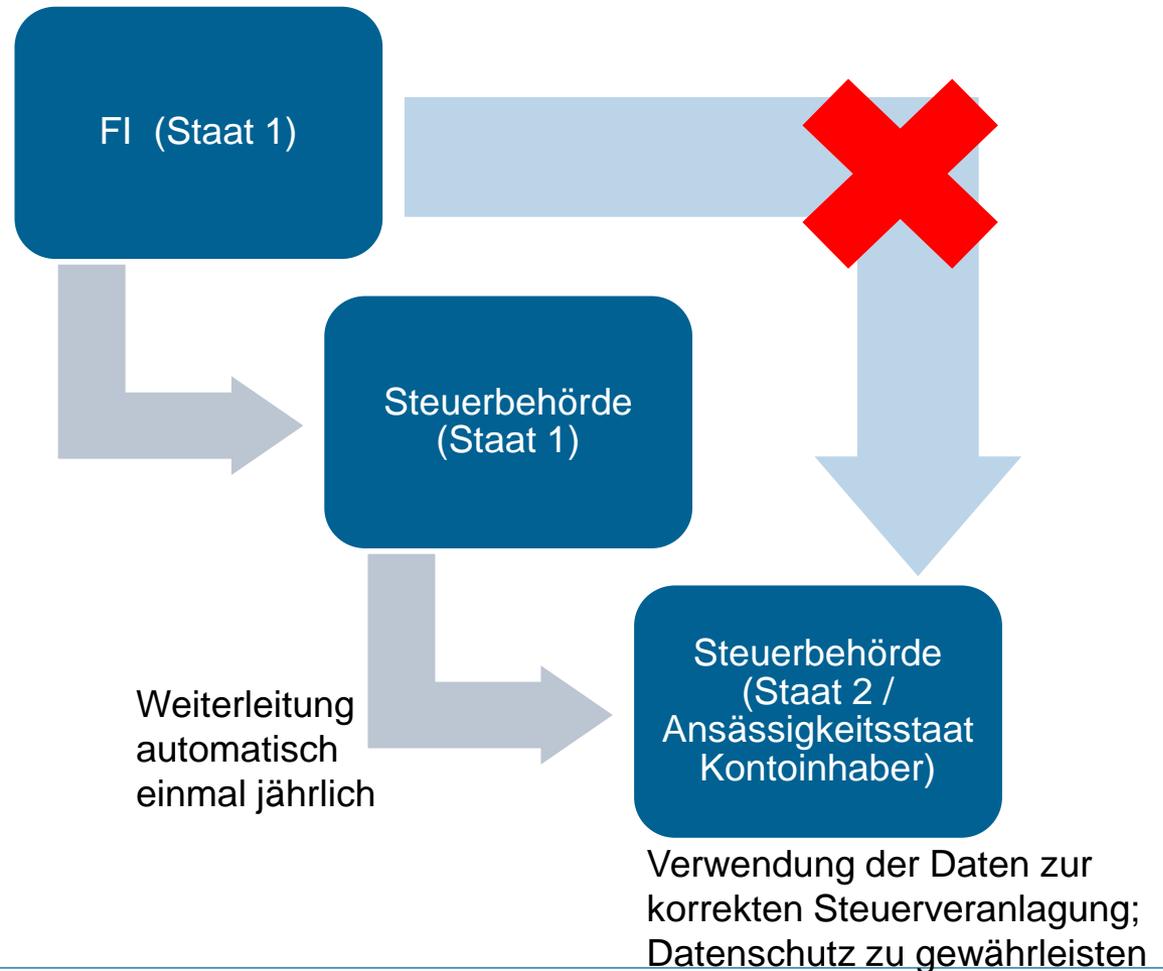
Legalisierung des Kontos in UK.

# Natürliche Personen

## Meldungsablauf

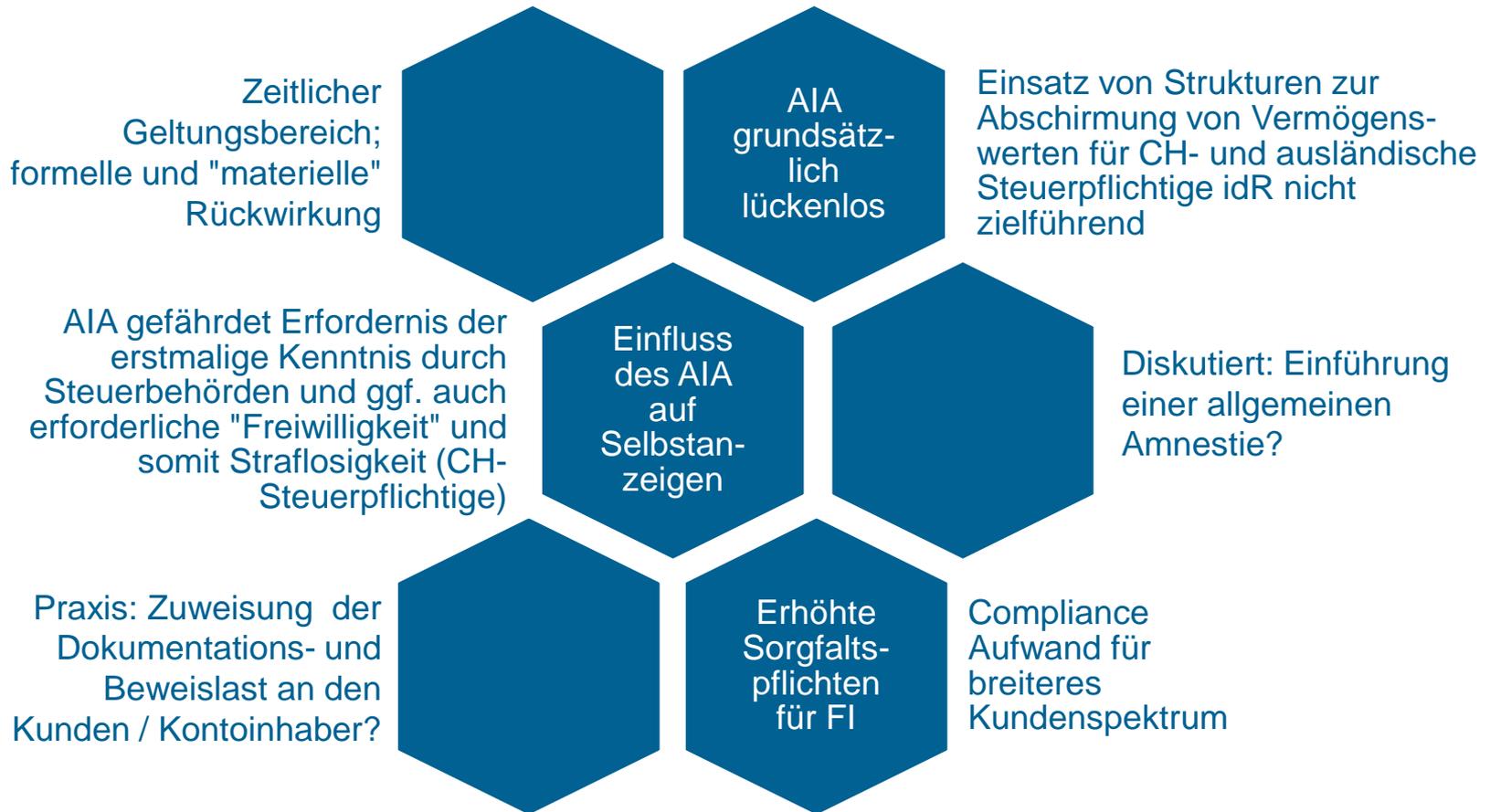
Last but not least...

4.  
WIE



# Natürliche Personen

## Take-Aways



Schlussbemerkungen

*Prof. Dr. Robert Waldburger*

## OECD

1. OECD, Final BEPS action 5 report (ab Seite 45: Ruling Austausch).
2. OECD, Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (Gemeinsamer Meldestandard).
3. OECD, Automatic Exchange of Financial Account Information (Background Information Brief).

## Materialien / Amtliche Dokumente / Gutachten

1. RENÉ MATTEOTTI, Verfassungskonformität des automatischen Informationsaustauschs - Gutachten im Auftrag des SIF.
2. SIF, Q & A zum AIA, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen.
3. SIF, Dokumentation: Umsetzung des globalen Standards für den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen / AIA: Das Wichtigste in Kürze.
4. Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu ihrer Umsetzung (Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen), BBI 2015 5437.
5. Entwurf eines Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), BBI 2015 5565.
6. Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, BBI 2015 5525.

8. Eidgenössisches Finanzdepartement, Bericht über die Vernehmlassungsergebnisse zur multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu einem Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen, 5. Juni 2015.
9. Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, BBI 2015 5527.
10. Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zu seiner Umsetzung (Änderung des Steueramtshilfegesetzes), BBI 2015 5585.
11. Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, BBI 2015 5635.
12. Eidgenössisches Finanzdepartement, Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, 5 Juni 2015.
13. Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, BBI 2015 5645.
14. Erläuternder Bericht des Bundesrats vom 27. Mai 2015 zu einem Protokoll zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.

## EU

1. Rat der Europäischen Union, Vorschlag für eine EU-Richtlinie zum spontanen Ruling-Austausch vom 2. Oktober 2015, 12525/15.

## Literatur

1. FRANCESCO NAEF, Automatischer Informationsaustausch ist verfassungswidrig, (abgerufen am 3. Dezember 2015): <http://www.csnlaw.com/wp/wp-content/uploads/2015/05/Der-Automatischer-Informationsaustausch-ist-verfassungswidrig-def.pdf>
2. WEBER/KING/ROHRER, Umsetzung des AIA nach OECD-Standard als Herausforderung für Finanzinstitute, in: Expert Focus 9/15, S. 703 ff.
3. WEBER/RÜEGGER/KING, Globaler AIA in Steuersachen nach OECD-Standard: Einführung in die Funktionsweise, Konzepte und Begrifflichkeiten, in: Der Schweizer Treuhänder 12/2014, S. 1170 ff.
4. BIRRO/ZÜND, Wer wird vom AIA erfasst? Transparente Betrachtung von Stiftungen, Trusts und Sitzgesellschaften, in: Expert Focus 8/2015, S. 636 ff.
5. ROHNER/SCHÄRER, Diskretionäre Trusts als letztes Mittel gegen den AIA in Steuersachen?, in: Expert Focus 9/15, S. 711 ff.
6. STOJANOVIC, AIA in Steuersachen-Bedeutung für Schweizer Versicherer, in: Der Schweizer Treuhänder 6-7/2015, S. 512 ff.
7. OBERSON, L'admissibilité des demandes dites groupées dans les cadres CDI conclus après le 13 mars 2009, in: ASA 82 S. 433.
8. OPEL, Amtshilfe ohne Information der Betroffenen – eine rechts-staatliche bedenkliche Neuerung, in: ASA 83 S. 265.



**Dr. Ruth Bloch-Riemer**

**Zurich**

Phone: +41 58 261 56 51  
[ruth.blochriemer@baerkarrer.ch](mailto:ruth.blochriemer@baerkarrer.ch)



**Michael Abegg**

**Zurich**

Phone: +41 58 261 54 81  
[michael.abegg@baerkarrer.ch](mailto:michael.abegg@baerkarrer.ch)



**Zurich**

Brandschenkestrasse 90  
CH-8027 Zurich  
P: +41 58 261 50 00  
F: +41 58 261 50 01  
[zurich@baerkarrer.ch](mailto:zurich@baerkarrer.ch)

**Genf**

12, quai de la Poste  
CH-1211 Genf 11  
P: +41 58 261 57 00  
F: +41 58 261 57 01  
[geneve@baerkarrer.ch](mailto:geneve@baerkarrer.ch)

**Zug**

Baarerstrasse 8  
CH-6301 Zug  
P: +41 58 261 59 00  
F: +41 58 261 59 01  
[zug@baerkarrer.ch](mailto:zug@baerkarrer.ch)

**Lugano**

Via Vegezzi 6  
CH-6901 Lugano  
P: +41 58 261 58 00  
F: +41 58 261 58 01  
[lugano@baerkarrer.ch](mailto:lugano@baerkarrer.ch)

### Zurich

Bär & Karrer AG  
Brandschenkestrasse 90  
CH-8002 Zurich  
P +41 58 261 50 00  
F +41 58 261 50 01  
zuerich@baerkarrer.ch

### Lugano

Bär & Karrer SA  
Via Vegezzi 6  
CH-6900 Lugano  
P +41 58 261 58 00  
F +41 58 261 58 01  
lugano@baerkarrer.ch

### Geneva

Bär & Karrer SA  
12, quai de la Poste  
CH-1200 Geneva11  
P +41 58 261 57 00  
F +41 58 261 57 01  
geneve@baerkarrer.ch

### Zug

Bär & Karrer AG  
Baarerstrasse 8  
CH-6300 Zug  
P +41 58 261 59 00  
F +41 58 261 59 01  
zug@baerkarrer.ch

